deutscher Arbeiter und Funktionäre, die auf die Phrase des „kleineren Uebels" nicht mehr hereinfallen, die immer klarer die Richtigkeit der Feststellung der Kommunistischen Partei erkennen, daß der Faschismus nicht erst dann kommt, wenn Hitler in die Regierung eintritt, sondern daß der Faschismus längst begonnen hat und daß die Politik der SPD. nicht ein Kampf gegen den Faschismus ist, ein Kampf, der den Faschismus verhindert, sondern eine Politik, die dem Faschismus den Weg bereitet.

Die Konsequenz, die sich daraus für die sozialdemokratischen Arbeiter und für die Arbeiter in den reformistischen Gewerkschaften ergibt, hat der Einheitsfront-Appell des Zentralkomitees der KPD. an alle Arbeiter der Sozialdemokratie, des Reichsbanners und der Gewerkschaften aufgezeigt. Genosse Thälmann, der Führer unserer Partei, hat diese Konsequenz unterstrichen, indem er sagt:

„Wir sagen den Arbeitern: Gegen eine zukünftige, noch offenere und skrupellosere Form der kapitalistischen Diktatur kann man nicht kämpfen, indem man heute den Kapitalismus schont, toleriert, unterstützt, sondern indem man in jeder Stunde den Hauptstoß gegen die tatsächliche Diktatur der Bourgeoisie und ihre entscheidenden Stützen richtet ...

Den Kampf gegen eine drohende Hitler-Regierung oder Hitler-Brüning-Regierung vorbereiten — das heißt gegen die heutigen Brüning-Braun-Severing-Regierungen den schärfsten Kampf führen!

Den Faschismus schlagen, das heißt die Arbeiterklasse aus den Banden der Sozialdemokratie und des Reformismus erlösen! ...

Wenn die Kommunistische Partei den Hauptstoß ihres Kampfes gegen die verräterische sozialdemokratische Führerschaft, gegen die verräterische ADGB.-Führerschaft richtet, so deshalb, weil dies der Weg ist, um die Macht des Proletariats im Klassenkampf gegen den Kapitalismus voll und siegreich in die Wagschale der Geschichte werfen zu können. Unbezwinglich ist die Arbeiterklasse, wenn sie in ihrer entscheidenden Mehrheit zum vollen Klassenbewußtsein erwacht und sich auf die ganze Höhe ihrer geschichtlichen Aufgabe als die fortgeschrittenste, als die Klasse der Zukunft erhebt."

Wer verhindern will, daß Hitler in die Regierung kommt, oder mit anderen Worten: Wer verhindern will, daß die Bourgeoisie ihre faschistische Diktatur restlos durchführt, — der muß gegen die gegenwärtigen Regierungen Brüning, Groener, Severing und Braun den entschiedensten Kampf führen. Aber dieser Kampf kann nichts anderes sein, als zugleich ein Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei und gegen die Gewerkschaftsbürokratie des ADGB., weil sie die Brüning-Politik unterstützen.

Die Wels und Breitscheid sehen, daß ihre Theorie des „kleineren Uebels" immer größere Verachtung in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeitern findet. Darum haben sie diese Theorie, dieses Betrugsmanöver an der Arbeiterklasse ergänzt durch das andere Manöver der „eisernen Front". Aber der Inhalt der Politik des „kleineren Uebels" und der Politik der „eisernen Front" ist gleichermaßen die Unterstützung der Brüning-Groener-Regierung. Es ist Streikbruch gegen die Arbeiterklasse, deren Kampfwillen gegen die Diktatur des Großkapitals wächst.

Der Appell des Zentralkomitees der KPD. an alle sozialdemokratischen Arbeiter sagt mit vollem Recht den Arbeitern:

„Von diesen Führern, die die Hauptstütze der Brüning-Groener-Diktatur bilden und jederzeit auf der Seite der Kapitalistenklasse stehen, trennt Euch, sozialdemokratische Arbeiter, ein Klassengegensatz. Mit uns, der Kommunistischen Partei, seid Ihr aber verbunden im gemeinsamen Kampfe unserer Klasse.

Die Sache des gemeinsamen Kampfes ist Euer aller Sache. Je fester Ihr mit allen kampfbereiten Arbeitern zusammensteht, je geschlossener die Arbeiterklasse und unter ihrer Führung alle Werktätigen kämpfen, desto rascher wird es gelingen, die Unternehmer und alle Faschisten aufs Knie zu zwingen."

Die Kommunistische Partei stellt in den Mittelpunkt ihrer Politik den Kampf der ganzen Arbeiterklasse, die rote Einheitsfront des Proletariats. Sie stellt diese Frage mit wachsendem Erfolg.

In dieser Situation, wo die Erkenntnis in den Köpfen der sozialdemokratischen Arbeiter und unter den Arbeitern in den reformistischen Gewerkschaften immer mehr Platz greift, daß die Arbeiterklasse eine selbständige Klassenpolitik, eine revolutionäre Politik machen muß, deren Inhalt und Ziel die Vernichtung der kapitalistischen Ausbeuterordnung sein muß, kommen den Wels und Leipart die Rosenfeld, Seydewitz und Zwerling, die Führer der „linken" Filiale der Sozialdemokratie, die sich in der „Sozialistischen Arbeiterpartei" „selbständig" gemacht haben, zu Hilfe. Rosenfeld schreibt in der „SAZ.", dem „Zentralorgan" der SAP., einen Artikel: „Mobilmachung!" Der Sinn dieses Artikels ist, vor der „Gefahr" zu warnen, die der Eintritt der Nationalsozialisten in die Reichsregierung für die Arbeiterschaft bedeutet.

„Die Gefahr", schreibt Rosenfeld, „daß der Nationalsozialismus ans Ruder kommt, ist gar nicht groß genug einzuschätzen". Der „linke" Sozialdemokrat Rosenfeld empfiehlt der Arbeiterklasse für den Fall des Eintritts der Nationalsozialisten in die Regierung den — Generalstreik.

„Ein Pakt mit Hitler", schreibt Rosenfeld, „ist das Signal zum Generalstreik und zu allem, was auf einen solchen notwendig folgen muß".

Charakteristisch, daß Rosenfeld kein Wort zu der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Diktatur des Großkapitals im gegenwärtigen Augenblick findet. Ebenso charakteristisch, daß er mit keinem Wort die Rolle der Wels und Leipart als Stütze der Brüning-Groener-Regierung charakterisiert. Rosenfeld und alle „linken" Sozialdemokraten schwärmen für den „Generalstreik" gegen Hitler — aber sie schweigen über den Kampf der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Augenblick.

Dieser „radikale" Generalstreik der „linken" Sozialdemokraten ist nichts weiter als eine Unterstützung der Wels und Leipart. Heißt es nicht, die Politik der Wels und Co. faktisch billigen, die Theorie des „Kleineren Uebels" unterstützen, wenn man wie Rosenfeld von der „ungeheuren Gefahr des Eintritts der Nationalsozialisten in die Reichsregierung" schwätzt und dabei „vergißt", auch nur ein Wort zu sagen über die Notwendigkeit des sofortigen Kampfes gegen die Brüningpolitik und ihre soziale Hauptstütze, die SPD. und die reformistischen Gewerkschaftsbürokratie.

Liegt nicht die Verleumdung der Kommunistischen Partei durch die Rosenfeld und Zwerling auf der gleichen Linie, wenn sie behaupten, daß die Kommunistische Partei mit dem Kampfe gegen den Faschismus warten wolle, „auf den Tag, nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten" (Rosenfeld in der „SAZ." vom 31. Dezember), daß sich die Kommunistische Partei „im Stillen damit abzufinden beginnt, daß der Sieg des Faschismus vorläufig einmal unvermeidlich geworden ist" (Zwerling in der „SAZ." vom 1. Januar).

In der Tat: Diese Verleumdung der Kommunistischen Partei durch die Rosenfeld und Zwerling soll den sozialdemokratischen Führern helfen, ihre Streikbrecherpolitik durchzuführen. Die „linken" sozialdemokratischen Führer ergänzen die Politik der SPD. Die Wels, Breitscheid und Leipart machen Streikbrecherpolitik, unterstützen die Brüning-Groener-Regierung bei der Durchführung der Notverordnungen und die Rosenfeld-Zwerling versuchen, die sich anbahnende proletarische Einheitsfront des Kampfes unter der Führung der Kommunistischen Partei zu zerbrechen. Die SAP.-Führer versuchen, die Arbeiterklasse von ihren gegenwärtigen Aufgaben im Kampfe gegen den Faschismus abzulenken, indem sie erklären, die Arbeiterklasse könne die Waffe des Streiks erst anwenden, „wenn die Nationalsozialisten durch ihren Eintritt in die Reichsregierung die Macht ergreifen". Die geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe zeigen, daß der Generalstreik nicht „vom Himmel fällt", daß er vielmehr herauswächst aus den täglichen ökonomischen und politischen Kämpfen des Proletariats, „Generalstreik" bei gleichzeitigem Verzicht auf den täglichen, ökonomischen und politischen Kampf, das war bereits das Rezept der Anarchosyndikalisten, gegen die Friedrich Engels, der Altmeister des wissenschaftlichen Sozialismus, einen vernichtenden Kampf geführt hat. „Alles oder Nichts", das ist die Theorie aller Opportunisten in der Arbeiterbewegung.

Der Generalstreik ist eine Waffe des Proletariats. Die Arbeiterklasse lernt die Anwendung dieser Waffe nur im täglichen Kampf. In diesem Kampfe, durch die Verflechtung des ökonomischen und politischen Kampfes, wird auch die Frage entschieden, ob die Arbeiterklasse über den Faschismus siegen wird.

Die Kommunistische Partei hat keinen Augenblick „die Meinung" zugelassen, daß der Sieg des Faschismus „unvermeidlich" sei. Der Faschismus kann nur siegen, die Bourgeoisie kann die brutale Politik der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse mit verschärften faschistischen Methoden nur durchführen, wenn es der SPD. und ihrer „linken" Filiale gelingt, den Kampf der Arbeiterklasse zu isolieren, den Streikbruch erfolgreich durchzuführen, die sich anbahnende proletarische Einheitsfront unter kommunistischer Führung zu zerschlagen.

Die Kommunistische Partei stellt die Frage der Einheitsfront des Proletariats nicht als eine Frage der „Verständigung" mit der Sozialdemokratischen Partei, wie es die „linken" Sozialdemokraten Rosenfeld-Seydewitz wollen, die mit dieser „Einheitsfronttaktik" nur die Arbeiterklasse betrügen. Die Kommunistische Partei hat keinen Augenblick einen Zweifel daran gelassen, daß es mit den Wels, Breitscheid, Leipart, Graßmann, Rosenfeld usw. keine Einheitsfront geben kann, daß die kämpfende Einheitsfront des Proletariats nur im schärfsten Kampfe gegen die Sozialdemokratische Partei und ihre „linke" Filiale, gegen den Reformismus und Opportunismus in der Arbeiterbewegung hergestellt wird.

Die Einheitsfront des Proletariats wird hergestellt nicht auf dem Wege der Deklarationen, sondern im täglichen Kampfe der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie, gegen den Lohnabbau, gegen den Abbau der sozialen Unterstützungen, gegen den faschistischen Terror; für die Koalitions-, Presse- und Versammlungsfreiheit des Proletariats, wie das die Kommunistische Partei in ihrem Einheitsfrontappell an die sozialdemokratischen Arbeiter klar ausgesprochen hat.

Die KPD. stellt damit die Frage der [illegible]

Weitere Berichte von der Streikfront

Hamburger Metaller im Streik

Hamburg, 2. Januar. (Eig. Drahtbericht).

Die Belegschaft der Hamburger Metallfabrik Kampnagel ist heute gegen den am heutigen Tage in Kraft tretenden Lohnabbau in den Streik getreten. Der Streikbeschluß ist mit Zustimmung der reformistischen Betriebsräte gefaßt worden. Den Streikenden sind die Entlassungspapiere zugestellt worden. Als Entlassungsgrund wird angegeben: Ablehnung einer durch die Notverordnung begründeten und angebotenen Verdienstregelung.

Danziger Seeleute streiken

Danzig, 2. Januar. (Eig. Bericht).

Der Seeleutestreik in Danzig ist ausgebrochen. Es befinden sich augenblicklich im Danziger Hafen sieben deutsche Schiffe. Von diesen legten am 31. Dezember die Seeleute des Dampfers „Nordsee" die Arbeit nieder. Heute morgen legten die Seeleute des Dampfers „Fergius" die Arbeit nieder.

Die Schupo bewachte heute morgen die Schiffe, um Streikbrecher zu vermitteln und arbeiten zu lassen. Von seiten der Hafenarbeiter und Seeleute kann niemand zu den Schiffen kommen, da sie vollkommen von der Schupo abgesperrt sind.

Streiks in Berlin

Berlin, 3. Januar. (Eig. Meldung).

In den Märkischen Textilwerken in Lichtenberg ist die Belegschaft unter Führung der RGO geschlossen in den Streik gegen den Notverordnungslohnabbau getreten. Am Sonnabend fand die erste Streikversammlung statt. Die Belegschaft hatte betriebliche Forderungen aufgestellt und dem Unternehmer durch eine gewählte Verhandlungskommission dieselben unterbreitet. Als der Unternehmer nicht mit der Kommission verhandeln wollte, antwortete die Belegschaft mit dem Streik.

Die Friedrichshafener Zahnradfabrik in Berliner Norden ist gestern vormittag in den Streik getreten. Der Streik richtet sich gegen den durch Notverordnung beabsichtigten Lohnabbau. Aus demselben Grunde trat die Belegschaft der Firma Doering, Gerichtstraße, in den Streik.

Neue Streikvorbereitungen an der Ruhr

Den Dresdner Nachrichten entnehmen wir folgende Meldung:

„Recklinghausen, 3. Januar. Den Sonntag benutzten die Kommunisten in verstärktem Maße, um zum Streik aufzuhetzen. Dabei wurde die Taktik verfolgt, geschlossene Belegschaftsversammlungen polizeilich anzumelden, die in Wirklichkeit öffentliche Versammlungen waren, an denen Bergleute teilnahmen. Eine solche Versammlung fand in Herkenkirchen im Lokal Mehring statt. Die Versammlung wurde polizeilich aufgelöst. Vier leitende Teilnehmer, darunter der kommunistische Reichstagsabgeordnete Walter Franz aus Berlin, wurden festgenommen.

Kampfrüstungen in Mitteldeutschland

Halle, 4. Januar. (Eig. Meldung).

Die durch Vereinbarung mit den Gewerkschaften herbeigeführte ungeheuerliche Lohnsenkung für die Arbeiterschaft der chemischen Industrie Mitteldeutschlands hat eine sich von Tag zu Tag verstärkende Erregung in allen chemischen Großbetrieben hervorgerufen. Die reformistischen Bonzen und vor allen die brandleristischen Helfershelfer greifen zu den verzweifeltsten Manövern, um ihre elende Verräterrolle zu verdecken, um die Empörung darüber abzuschwächen, daß sie für die Brüningschen Notverordnungen eintreten. In den meisten Betrieben erzwingen die Belegschaften abteilungsweise oder sogar betriebsweise Belegschaftsversammlungen.

„Rot-Front"-Sprecher nicht ermittelt

Oppositionelle Telegraphenarbeiter trotz Alibinachweis noch in Haft

Die Nachforschungen der Polizei nach den Rundfunkstörern haben noch kein positives Ergebnis erzielt. Zwei Telegraphenarbeiter wurden festgenommen und sind seit Sonnabend ununterbrochen vernommen worden. Sie können aber für die fragliche Zeit ein Alibi nachweisen. Die beiden oppositionellen Telegraphenarbeiter bleiben aber trotzdem weiter in Haft.

Die Dresdner Nachrichten melden dazu:

Die Ermittlungen der Polizei zur Aufklärung der kommunistischen Störung der Rundfunkansprache des Reichspräsidenten haben noch zu keinem vollen Erfolg geführt. Es wurden zunächst verschiedene Personen, die zum Bekanntenkreis der am Sonnabend festgenommenen beiden Telephonarbeiter gehören, der politischen Polizei zur Vernehmung vorgeführt, ohne daß es bisher gelungen wäre, den Verhafteten die Tat nachzuweisen.

Die am Sonnabend verhafteten beiden Telegraphenarbeiter scheinen als Täter nicht in Frage zu kommen

und dürften, wie es heißt, wieder aus der Haft entlassen werden. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sie Mitwisser der Tat sind. Bei beiden handelt es sich um Kommunisten, die von ihrer dienstlichen Tätigkeit her genaue Kenntnisse über den Weg der Fernleitung nach Königswusterhausen haben.

Die Platte, auf der der in Demmin in Pommern lebende Physiker von Henden-Linden die Hindenburgrede mit dem Siemenstonschreiber aufgenommen hat, wurde von der politischen Polizei angefordert und wird in Berlin erwartet. Man will dann an Hand der Platte die Sprechweise der kommunistischen Saboteure mit der der verdächtig erscheinenden Person vergleichen. Sollte es sich dabei herausstellen, daß eine Aehnlichkeit wegen der durch die Uebertragung auf die Platte und bei der Wiedergabe im Gramuophon entstehenden Verzerrungen nicht zu finden ist, so wird man möglichermeise die Verdächtige in einen Tonschreiber sprechen lassen, um dann eine Vergleiche anzustellen. An dem Ort, an dem das Kabel angezapft wurde, haben die Sachverständigen inzwischen eingehende Untersuchungen und Messungen angestellt, um genau zu ermitteln, wie die Täter technisch bei der Bloßlegung des Drahtes gearbeitet haben.

Herr Schieck weiß von nichts . . .

Er will die Mitverantwortung für die Notverordnungen abwälzen

Bei der Stellungnahme der kommunistischen Presse zum Lohnabbau im sächsischen Steinkohlenrevier wurde der Abzug als Schieck-Neujahrsgeschenk an die Bergleute bezeichnet. Herr Schieck läßt durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei nunmehr folgende Erwiderung verbreiten:

„Der Lohn und Gehaltsabzug im Steinkohlenbergbau ist durch die vierte Reichsnotverordnung festgesetzt. Der Landesschlichter hat lediglich im Falle von Meinungsverschiedenheiten festzustellen, welcher Lohntarif auf Grund der Notverordnung vom 1. Januar 1932 ab gilt. Der Schlichter untersteht dem Reichsarbeitsministerium, nicht der sächsischen Regierung.

Die sächsische Regierung ist also an dem Lohn- und Gehaltsabzug im Steinkohlenbergbau in keiner Weise beteiligt." (?)

Diese Stellungnahme des Schieck-Kabinetts ist in doppelter Hinsicht interessant. Einmal spricht daraus die Furcht vor dem Ausgang des bevorstehenden roten Volksentscheids in Sachsen, durch den Herr Schieck und die Seinen ihre Positionen bedroht fühlen. Zum anderen aber wird hier ein freilich sehr plumper Versuch gemacht, die Verantwortung für den unerhörten Lohnabbau bei den sächsischen Steinkohlenkumpels einfach auf die Brüning-Regierung allein abzuschieben. Selbstverständlich ist die Notverordnung Brünings der unmittelbare Anlaß für diesen neuen Lohnabbau gewesen und insofern trifft die Verantwortung auch die Brüning-Regierung. Aber das kann Herrn Schieck nicht von seiner Verantwortung entlasten. Denn der beauftragte Vertreter Sachsens im Reichsrat, Herr Gereke, der überdies noch Sozialdemokrat ist, hat ja der Notverordnung mitsamt ihren Lohnabbaufolgen zugestimmt.

„Preiskommissar" auch für Sachsen

Das Schieck-Kabinett hat beschlossen, für Sachsen einen „Landespreisüberwachungskommissar" einzusetzen und für diesen Posten den Ministerialrat Dr. Scholcher vom Innenministerium ausersehen. Der Herr Ministerialrat der Schieck-Regierung getreu in den Fußstapfen seines Chefs im Reich, des Herrn Goerdeler, wandeln, der bekanntlich die Uebernahme seiner Funktion mit der Erklärung einleitete, daß er kein Preissenkungs-Kommissar sei. Die sächsische werktätige Bevölkerung wird die Geste der Schieckdiktatur angesichts des Volksentscheids richtig einzuschätzen wissen.

Gandhi verhaftet!

Nach Meldung aus Bombay hat sich die Lage in Indien in der Laufe der letzten 24 Stunden ungeheuer verschärft. Die revolutionäre Massenbewegung der Rothemden veranlaßte die Regierung zu provokatorischen Maßnahmen. Gestern wurde Gandhi verhaftet, obgleich er einen erneuten Kompromißversuch unternahm.